

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Drucker und Verleger: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Preis: In Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
Postgebühr: durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Abend: die Beilage oder deren Name im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Kellern 30 Pf.

E. L. Berlin, 17. April.
Deutscher Reichstag.
84. Sitzung vom 17. April.
Präsident v. Rebeckow eröffnet die Sitzung
um 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der
Gesetzentwurf betreffend Verlängerung der Frist
für Gestattung von Ausnahmen von der Bestim-
mung des § 120 Absatz 1 der Gewerbeordnung
(Sonntags-Unterricht in Fortbildungsschulen).

Vor der Tagesordnung erörtert Graf v.
Sinn und Kniphausen, er habe in der
Wirtschaftlichen Vereinigung nur geäußert, er
glaube, daß sich Minister Miquel für den Wohl-
stand interessiere. Das betr. Gespräch mit Herrn
Miquel habe aber vor Annahme des russischen
Handelsvertrages stattgefunden.

Nach Eintritt in die Tagesordnung be-
ruht zunächst

Handelminister v. Bismarck die Vorlage.
Dieselbe solle nicht die Interessen der Kirche
schädigen, sondern nur dazu dienen, für Aus-
führungen des Kompromisses, der seinerzeit im
Interesse des Fortbildungsschulwesens angestrebt
worden sei, des Kompromisses zwischen Kirche
und Fortbildungsschule, eine längere Frist zu
gewinnen. Es ist ferner, daß bei Verlegung
des Fortbildungsunterrichts auf den Sonntag
eine große Zahl von Lehrlingen selbstständiger Ge-
werbetreibender, welche jetzt den Sonntags-Unter-
richt genießen, künftig an dem wertvollsten Unter-
richt sich nicht mehr würden beteiligen können.
Auch die Unterbrechung des Unterrichts am Son-
tag durch den Gottesdienst schädige den Unter-
richt. Auch an das Interesse der katholischen
Lehrkräfte, welche sich von 10—12 auf der Straße
herumtreiben müßten, nachdem sie vielleicht schon
in den Fortbildungsschulen des Sonntags ihren
Gottesdienst befehl hätten. Der einzig gang-
bare Weg bleibe nun einmal, wenn man
nicht einen besonderen Gottesdienst einrichten wolle,
die Verlegung des Gottesdienstes. Werde die Vor-
lage abgelehnt, so werde der Fortbildungs-Unter-
richt am Sonntage für sehr viele Schüler gar
nicht mehr möglich sein, oder der Zeichen-Unter-
richt müsse auf ungewöhnliche Stunden gelegt
oder jerrissen werden. Auch müßte derselbe vom
Fachunterricht getrennt werden, was nicht wün-
schenswert sei. Deswegen hoffe er immer noch,
daß es zu einem Kompromiß komme. Die Ver-
legung des Fortbildungs-Unterrichts für das
Handwerk werde ja doch allgemein gewünscht, und
eine Schädigung dieses Unterrichts, der fortfall
auch nur eines Teils desselben, würde sehr zu
bedauern sein.

Abg. Kropatschke (kons.) will sich auf
wenige Worte beschränken. Das Ziel, wonach
man streben müsse, sei, den Unterricht überhaupt
vom Sonntage fortzuverlegen, auf die Wochentage;
und von diesem Ziele entferne man sich immer
weiter, wenn man diese Vorlage annehme. In
Münchener habe ja auch schon die Forderung
ihren Zeichen-Unterricht auf den Wochentag ver-
legt, und mit bestem Erfolge; und zwar auf die
Vormittage von Vorkursen. Bedauerlicher Weise
habe dort nicht einmal die Kommune so viel Ent-
gegenkommen gezeigt, zu diesem Zweck leerstehende
Klassenräume zu bewilligen. Das beste Mittel
sei, daß der Minister sich dafür einsetze, daß
überall die Wochentage für den Fortbildungs-Unter-
richt benutzt werden. Dann haben auch Schüler
und Lehrer ihre volle Sonntagsruhe.

Abg. D. S. (natl.) teilt dagegen mit seinen
Freunden die Vorlage willkommen. Der Vor-
redner wolle den Sonntag ganz frei lassen, aber darin
weiche derselbe ja von dem damals geschlossenen
Kompromiß ab. Auch übersehe Vorredner, daß
es sich ja hier überhaupt nur um fakultativen
Unterricht handle, daß also gar kein Zwang ein-
gesetzt werden könne, um den Unterricht an den
Wochentagen durchzuführen. Damit würden die
ganzen Ausführungen des Vorredners hinfällig.
Daß der Unterricht auf die Wochentage gelegt
werde, sei ja an sich wünschenswert, aber das
sei es ja eben, daß das bei den fakultativen
Schulen nicht überall möglich sei. Und sei dem
so und sei es so gewiß wahr, daß der Fortbil-
dungs-Unterricht an sich von höchstem Werte sei,
so sei eben der Sonntag unentbehrlich. Vorredner
sollte doch auch bedenken, daß es sich keineswegs
um Lehrlinge handle, vielmehr auch um Ge-
hilfen, die den Werktag zum Verdienen nicht
missen könnten. Seine, die nationalliberale Partei
werde einstimmig für die Vorlage stimmen.

Abg. Graf v. Bernstorff-Raueneburg
(Reichsp.) erhebt sich aus denselben Gesicht-
spunkten wie der Abg. Kropatschke gegen das Ge-
setz. Wenn die Regierung mit demselben Hoch-
druck, wie jetzt für dieses Gesetz, eine andere
Satzung anstreben wolle, so sei das besser, als
wenn man die Übergangsperiode jetzt um drei
Jahre verlängere. Der Kompromiß habe über-
haupt nur dem Zwecke dienen sollen, daß man
langsam aber zielbewußt auf gänzliche Freigabe
des Sonntags vom Unterricht hinarbeite im Inter-
esse vollkommener Sonntagsruhe.

Abg. Schmidt-Eberle (freif. Volksp.):
Wir wollen den Schülern die Sonntagsruhe nicht
mitgeben. Wir wollen aber auch den Unterricht
an Sonntagen nicht vollkommen unmöglich machen.
And deshalb habe ich im Namen meiner und der
liberalen Volkspartei zu erklären, daß wir der
Vorlage zustimmen.

Abg. Schaebler (Zentrum) glaubt nicht,
daß bei Ablehnung der Vorlage der Fortbildungs-
unterricht unmöglich gemacht werde. Eine Einigung
mit den Kirchenbehörden müßte ebenfalls angestrebt
werden, in katholischen Gegenden sei ja auch eine
Einigung erfolgt. Seine Partei könne auf keinen
Fall einer Vorlage zustimmen, von welcher die
protestantische Kirche erkläre, daß sie in ihre Rechte
und Befugnisse eingreife. Seine Partei werde da-
her, und zwar, wie er überzeugt sei, geschlossen
gegen die Vorlage stimmen.

Abg. Bogtberg (Soz.) glaubt, daß die
Kirche bei gutem Willen sehr wohl eine Verbin-
dung hätte herbeiführen können. Er sei auch
überzeugt, daß, wenn es sich hier um etwas
Anderes, als um die Fortbildungsschulen, etwa
um eine weitere Ausdehnung des Militarismus,
handelte, dann würden sofort sämtliche kirchlichen
Behörden zur Verfügung bereit sein. (Unruhe
rechts.) Den Liberalen aber könne er nur raten,
das Fortbildungsschulwesen nicht mit, sondern
gegen die Kirche zu führen. Am richtigen sei
es, den Unterricht auf die Vormittage in der
Woche zu verlegen. Aber dem stehe eben das Er-
werbsinteresse der Unternehmer entgegen, ein-
schließlich der Herren Innungsmeister. Woll-
ten die Konfessionsparteien die Verlegung des

Unterrichts auf Wochentage gesetzlich erzwin-
gen, so würde es deshalb zu einem interessanten
Interessen-Widerstreit zwischen ihnen, den Konfe-
sionären, und ihren Freunden vom Innungswesen
kommen. Um die Regierung zu zwingen, offen
zu bekennen, ob sie ein Interesse an dem Fort-
bildungsweisen habe, lehnten seine Freunde diese
Vorlage ab.

Abg. v. Stumm (Reichsp.) wiederholt
seine Erklärung, daß er gegen die Vorlage
stimme. Dieselbe werde auch keineswegs durch
das Interesse des Zeichenunterrichts erfordert.
Zum Teil könne derselbe sogar besser bei künst-
lichem Licht erteilt werden.

Minister v. Bismarck führt noch aus,
diesem Herren, die gegen die Vorlage seien,
wollten ein Prinzip wahrhaben, verschließen aber ihre
Augen mit Gewalt den praktischen Bedürfnissen.
Als der § 120 beschlossen worden sei, da hätten
auch die jetzigen Gegner der Vorlage prinzipiell
den Sonntag als für den Fortbildungs-Unterricht
unentbehrlich erklärt. Heute müßte er aus den
Ausführungen der Herren Kropatschke und Graf
Bernstorff entnehmen, daß das Richtige ein
obligatorischer Fortbildungsunterricht und zwar
der Unterricht an den Vormittagen in der Woche
sei. „Es wäre nicht unmöglich, daß, wenn ich
einmal einen Gesetzesentwurf vorlege, ich mich dieser
Ihre Ausführungen erinnere, und dann werde
ich Sie beim Wort nehmen!“ (Hört! hört!)

Nachdem noch die Abg. Richter und
Müller für die Vorlage eingetreten, schließt
die Generaldebatte. In zweiter Lesung wird ohne
Debatte die Vorlage abgelehnt. Dafür nur
liberalistische und freiwirtschaftliche Parteien, National-
liberale und einige Reichsparteiler.

Es folgt die dritte Beratung des Ge-
setzentwurfs zur Sicherung des Wahlgemeinnes
(Antrag Groeber und Genossen und Antrag Richter
und Genossen).

Abg. Vasser mann (nl.) erklärt kurz, ein
Teil seiner Partei werde gegen, ein anderer Teil
für das Gesetz stimmen. Diejenigen unter seinen
Freunden, welche gegen den Entwurf seien, hätten
insbesondere die Einrichtung des Isolirraumes für
undurchführbar.

Abg. Groeber empfiehlt den Gesetzesentwurf
zur Annahme, ebenso

Abg. Richter, welcher seine Freude über
die Unterstreichung des Zentrums und namentlich
auch darüber äußert, daß sogar ein Teil der
Nationalliberalen zur Annahme des Gesetzes bereit
sei. Er könne nur noch die verbundenen Regie-
rungen bitten, auch ihrerseits dem Gesetz ihre Zu-
stimmung nicht zu verweigern.

Hierauf wird das Gesetz in der Fassung
zweiter Lesung angenommen, nur mit einer vom
Abg. Casselmann (fr. Volksp.) beantragten
Änderung. Durch dieselbe wird ausdrücklich aus-
gesprochen, daß, wenn Punkt 7 Uhr im Wahl-
lokal ist, noch zur Abgabe seines Stimmzettels be-
rechtigt ist.

Es folgt die erste Lesung des von den Abg-
gen, von Deere, Graf Dönhoff-Friedrichstein
und Genossen beantragten Entwurfs eines Heim-
stättengesetzes.

Abg. v. Dönhoff-Friedrichstein (kons.)
empfiehlt den Entwurf im Interesse der Anstalts-
machung ländlicher Arbeiter.

Abg. Schönlank (Sozdem.) stellt dagegen
in dem Entwurf den Typus des Dilettantismus
in der Gesetzgebung. Die große Masse der Be-
wörter könne sich nach diesem Gesetze gar keine
Heimstätte schaffen. Die Verdrängung der Be-
sitzer der Heimstätten auf die Hälfte des Wertes
sei nur schädlich für das berechnete Ergebnis
der jüngeren Söhne, schaffe hässliche Majorate
und werde — was sicherlich nicht Absicht der
Antragsteller sei — die jüngeren Söhne in die
Arme der Sozialdemokratie führen. Wenn über-
dies das Reich nach Ansicht des Reichskanzlers
nicht einmal eine Agrarreform machen könne,
wie könne das Reich zu einer solchen Agrar-
gesetzgebung berechtigt sein? Auch der Landwirt-
schaftswahl habe das 1891 verneint. Mit dem
Gesetz wolle man sich nur an die Heimstätte ge-
seßelte Tagelöhner schaffen, neue Hörige.

Abg. Vacher (nl.), für das Gesetz ein-
tretend, erhebt von demselben, es werde vielmehr
der gesamten ländlichen Bevölkerung einen
festen Halt geben. Im Grunde genommen müßte
das wohl auch der Vorredner glauben, denn wenn
dessen Behauptung, daß dieses Gesetz die Land-
bevölkerung in die Arme der Sozialdemokratie
treiben werde, ernst gemeint wäre, so würde doch
wohl der Vorredner mit dem Gesetze sehr ein-
verstanden sein müssen. Den ganz verstandenen
Bauern könne man allerdings nicht retten, aber
um so mehr sei man verpflichtet, durch den hier
vorgeschlagenen Weg wenigstens den halberwerb-
enden zu retten. Es würden hiermit zwei Fiezen
mit einer Klappe geschlagen, dem Großgrund-
besitzer schaffe man Arbeiter, und den Arbeitern
eine Heimstätte.

Abg. Günther (nl.) bemerkt, er und seine
Freunde ständen dem Gesetz sympathisch gegen-
über; selbst wenn dasselbe sich nicht zu beharren
sollte, wie gehofft werde, so könne doch die Lage
der kleinen Besitzer nicht schlechter werden, als sie
jetzt sei. Aber die Einzelheiten des Entwurfs
seien nicht durchweg annehmbar, so u. A. die
Form der Verschuldung in Annuitäten. Es
empfiehlt sich Beratung in einer Kommission.

Abg. Schall (kons.) tritt für den Entwurf
ein, der einen tiefen „sittlichen, ethischen und
nationalen“ Wert habe.

Die Debatte wird jetzt geschlossen. Die
zweite Lesung soll morgen, und zwar an erster
Stelle, stattfinden. (Der Antrag Günther auf
kommissionarische Beratung wurde zurückgezogen.)

Debatte wird dann der Nachtragetat
(Beschlüsse beim Patentamt) genehmigt.

Es folgt die 2. Beratung des Briefstaben-
gesetzes. Die Annahme in der Fassung der
Kommission erfolgt debattelos.

Endlich erfolgt noch die Gesamtabstimmung
über den Gesetzesentwurf (Antrag Schröder) betr.
Kündigungsschrift der Handlungsgesellschaften. Die
Annahme erfolgt widerstandslos.

Abg. Richter konstatiert dann noch, daß
seine gestrige Mitteilung im Abgeordnetenhaus
über eine Äußerung des Grafen v. Sinn-
und Kniphausen betr. der Stellung des Ministers
Miquel zum Zollgesetz auf einen Bericht der
„Kreuz-Ztg.“ gestützt habe.

Morgen 1 Uhr: Heimstättengesetz, Rechnungs-
sachen; Viehschlachten; Konsumskunde (Vertrieber);
Schutz der Waarenzeichnungen; Interpellation
Förster.

Präsident v. Rebeckow bemerkt noch, die
Vorfahrt werde voraussichtlich am Donnerstag

als letzter Gegenstand, und zwar überhaupt als
letzter Beratungsgegenstand der Session, zur Er-
lebung kommen.

Schluß 6 Uhr.

E. L. Berlin, 17. April.
Preussischer Landtag.
Abgeordnetenhause.

51. Sitzung vom 17. April.
Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung
um 11 Uhr.

Das Haus legt die dritte Etatsberatung
beim Kultusetat fort.

Abg. Dabach (Ztr.) führt Klage dar-
über, daß die Genehmigung zur Errichtung einer
zweiten katholischen höheren Mädchenschule in
Ems verweigert worden ist.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Ken-
vers: In Ems besteht eine Niederlassung barm-
herziger Schwestern, die eine zweite Schule zu
errichten wünschte. Die Behörden haben das
Verbot ausgesprochen, daß die vorhandene Schule
genügend, welche von einem katholischen Vorsteher
geleitet wird und die Stadt durch eine zweite
Schule in finanzielle Verlegenheiten kommen
würde.

Abg. Frick-Rees (Ztr.) behauptet, daß in
rheinhessischen Gemeinden die Geistlichen aus dem
Schulunterricht entfernt seien auf obrigkeitliche
Anordnung.

Minister Dr. Basse: Die Sache ist rich-
tig, die Geistlichen hatten um Entbindung von
ihren Unterrichtspflichten nachgesucht, weil sie
sonst ihren Seelsorgepflichten nicht so genügen
könnten, wie ihr Gewissen dies fordere.

Abg. Conrad-Pfaff (Ztr.) erörtert Mängel
im Schulunterricht, namentlich in den polnisch
redenden Theilen der ober-schlesischen Bevölkerung.
Der deutsche Unterricht habe keine Wirkung, die
Kinder verabsäulen.

Abg. Lückhoff (freif.) erörtert die Ver-
hältnisse der Stiftung mons pietatis und bittet
den Minister um Auskunft über das Ergebnis der
von ihm zugesagten Untersuchung. Die Reform-
männer hätten auch ein Recht, von dem Vermächtnis
Kurfürst Friedrich III. und seiner Verwaltung
Auskunft zu erhalten, und zwar um so mehr,
als Evangelische nachweislich aus diesem Fonds
Unterstützungen erhalten haben, die sehr reichlich
waren.

Minister Dr. Basse: Die Verwaltung der
Stiftung wird zwar nicht von mir, sondern von
der obersten Stelle der evangelischen Kirche be-
sorgt; allein, so lange für den Fonds Zuschüsse
im Etat verlangt werden, habe ich die Verant-
wortung zu tragen. Es muß nun anerkannt wer-
den, daß nach der Stiftungsurkunde die Verwal-
tung von reformierten Männern besorgt werden
sollte und zwar unentgeltlich. Die Besondere
ist daher berechtigt; es wird in Zukunft dafür zu
sorgen sein, daß reformierte Leute gefunden wer-
den, die unentgeltlich die Verwaltung übernehmen;
den gegenwärtigen Mitgliedern der Verwaltung ist
eine Entschädigung durch anderhöfliche Rabinder-
bewilligung; ebenso beruht die Vergabe der Un-
terstützungen an Evangelische auf einer Rabinder-
ordre aus dem vorigen Jahrhundert. Es soll
meinerseits darauf hingewirkt werden, daß in Zu-
kunft die Verwaltung streng nach den Stiftungs-
vorschriften erfolgt. (Beifall.)

Abg. v. Gynern (natl.) bekämpft die reali-
stische Richtung der Kunst und wendet sich dann
an die geistige Rede Heremans, die lebhaft
an die Zeit erinnere, wo das Zentrum vor jeder
Etatposition einen Gesandten aufstellte und von
dem Kultusminister keine Reverenz verlangte.
Trotz aller Zugeständnisse an die Kirche, trotzdem
die Kirche bei uns größere Freiheiten genieße, als
in irgend einem anderen Staat der Welt, sind die
Herren vom Zentrum nicht befriedigt, sie verlangen,
daß der Minister seine Ermittlungen nicht
bei seinen Beamten, sondern bei den Geistlichen
einzieht, ich stelle das fest, um die Forderungen
des Zentrums zu charakterisieren, das sich immer
wieder auf die Negation verlegt. Solchen Be-
strebungen gegenüber wird es nötig sein, wenn
wir von der Regierung unterrichtet werden über
die Vermögensfrage zur toten Hand, die ja der
staatslichen Genehmigung bedürftig.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) findet die
große Zahl der preussischen Doktorpromotionen auf-
fällig, die an Zahl die aller anderen deutschen
Universitäten übersteige. Er wünscht, daß staats-
rechtlich streng darauf gehalten werde, daß der
Dokortitel nicht unbefugter Weise geführt
werde.

Abg. Wetzelamp (freif. Volksp.) bittet den
Minister um Herabsetzung der Maximalstunden-
zahl der Gymnasiallehrer.

Abg. Cadenbach (Ztr.): Die Disparität
macht sich namentlich in Hessen-Nassau geltend;
dort sind fast alle Beamten evangelisch; jetzt wird
eine Schulinspektorstelle vacant; hoffentlich wird
der Minister dieselbe mit einem katholischen kirch-
lich geistlichen Namen besetzen.

Abg. Dr. Porck (Ztr.) wendet sich gegen
Herrn v. Gynern, der auch nichts Neues gesagt
habe; das Zentrum habe die Pflicht, seine be-
rechtigten Forderungen so lange hier vorzutragen,
bis sie Berücksichtigung gefunden haben. Unsere
Stellung zu dem evangelischen Kirchengesetz hat
nicht den geringsten Einfluß auf unsere Forderungen.
Wir führen nicht den Frieden; Unzu-
friedenheit erregen die Maßnahmen der Behörden.
Die Herr v. Gynern als liberaler Mann die
Vermächtnisse an die toten Hand verurteilen
konnte, ist unbegreiflich; gerade in unserer Zeit
ist es sehr gut, wenn die großen Vermögen Ein-
zelner nicht ungeteilt sich vererben und vergrößern,
sondern an die toten Hand übergeben, wo sie zu
wohlthätigen und gemeinnützigen Zwecken ver-
wendet werden.

Abg. Dr. Enneccerus (nl.) bekämpft die
Zuwendungen an die toten Hand, die oft aus
recht bedenklichen Motiven hervorgehen, wie sich
das noch kürzlich gezeigt habe bei einem Mann,
der von seinen Kindern aus guten Gründen ge-
mieben wurde und dieselben enterbte; die Stadt
Berlin lehnte die Annahme der Erbschaft ab.

Der Kultus-Etat wird bewilligt, sodann
werden die Etatsgesetze ohne weitere Debatte ge-
nehmigt.

Minister Miquel bemerkt, daß er sich vor-
behalte, die nachteiligen Folgen der Finanzlage
im Reich und deren Einfluß auf die Steuer-
finanzen darzulegen bei der Beratung des
Generalbudgets der Budgetkommission über die
Vermögenslage des preussischen Staates.

Damit ist die dritte Etatsberatung erledigt.

Es folgt die erste Beratung der Novelle
zur hannoverschen Wegeordnung.

Abg. v. Berg (kons.) befragt die Vor-
lage.

Abg. Seer (nl.) wünscht ein ähnliches Ge-
setz für die Provinz Posen.

Abg. Brandenburg (Ztr.) beantragt
Vorberatung durch eine 14er-Kommission. Dem
widersprechen die Abg. v. Tschode (fr.) und
Dr. Sattler (nl.).

Das Haus lehnt die Kommissionsberatung
ab. Die zweite Beratung erfolgt demnach im
Plenum.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.
Tagesordnung: Kultus-Gesetz.
Schluß 3 1/2 Uhr.

Deutschland.
A Berlin, 17. April. Die kaiserliche
Familie wird Anfangs Mai wieder in Potsdam
vereinigt sein.

Die „Voss. Ztg.“ plaidiert heute energisch da-
für, Samoa an die australische Kolonie Neusee-
land zu überlassen. Die deutschen Interessen auf
Samoa würden dadurch keineswegs leiden.

Raut kaiserl. Rabinetsordre ist der „Kreuz-Ztg.“
zufolge sämtlichen Offizieren der Armee und
Marine das Spielen am Totalisator verboten
worden.

Die Reise des Staatssekretärs Marschall
nach Karlsruhe zum Kaiser hing neben der Er-
ledigung wichtiger Vorlagen mit der Erlebung
von Personenzug zusammen.

Die „Mil. Pol. Kor.“ hört, daß, falls von
Seiten der verbundenen Regierungen keine dies-
bezügliche Einigung erzielt werden sollte, preussischer-
seits allein gegen die minderwertigen Dokortitel
gesetzlich vorgegangen werden soll.

Die Silberkommission hat gestern und heute
ihre Sitzungen fortgesetzt.

Ein in Orizaba Town (Silbafrika) befin-
dliches Konsortium hatte Pläne zur Ausbeutung
im Süden des südmexikanischen Schutzgebietes
erlassen. Dieses Gebiet sollte angeblich von
Hendrik Witbooi erworben worden sein. Die
„Nord. Allg. Ztg.“ theilt jetzt mit, der deutsche
Generalconsul in Kapstadt habe die telegraphische
Benachrichtigung erhalten, daß diese Landverkäufe
Witboois nichtig seien und daß etwaige Ausbeuter
zu verurteilen seien.

Heute trat das Staatsministerium zu einer
Sitzung zusammen. Wie die „Voss. Ztg.“ er-
fährt, wird die Reichsanleihe von 160 Millionen
Markt am Dienstag, 24. April, öffentlich ausgesetzt
werden.

Wie die „Post“ erfährt, wird sich der Kaiser
zur Beglückwünschung des Königs von Sachsen
zu dessen Geburtstag, 23. April, nach Dresden
begeben.

Wie die „Kreuz-Ztg.“ wissen will, sei an den
Geh. Kirchenrat D. Pant in Leipzig keinerlei
Verufung in ein hohes preussisches Kirchenamt
ergangen.

Die Steuerkommission des Reichstages setzte
heute ihre Beratungen über die Tabaksteuer-
vorlage fort. Abg. Gamp (Reichsp.) schlägt eine
progressive Besteuerung in der Weise vor, daß die
billigsten Sorten gar nicht, und die übrigen, je
theurer, mit einem steigenden Prozentsatz besteuert
würden. Die Abg. Mollenhuth, Frese
und Baffermann traten in längeren Ausführungen
gegen die Vorlage ein, wogegen Staatssekretär
Foschowsky erklärte, als Gegenvorschläge seien un-
möglich und nur die Tabaksteuer würde zum Ziele
führen. Morgen findet die Fortsetzung der Be-
ratung statt.

Der neue von Dr. Arendt in der Wäh-
rungsnequellkommission eingebrachte Antrag be-
ruht äußerlich auf derselben These, welche in der
bekannten Schrift von Schrant über die Wäh-
rungsfrage (Leipzig, Duncker und Humblot) auf-
gestellt ist, und die Lösung des Problems der
Führung des Silberwerthes durch internationale
Silberzertifikate auf Grund der Zulassung von
Silberbarren als Bankdeckung bezweckt. Ohne in
eine Kritik der Vorschläge einzutreten, dürfte es
von Interesse sein, die wesentlichen Punkte hervor-
zuheben, wodurch sich beide Vorschläge unter-
scheiden sowohl hinsichtlich des Zweckes, als hin-
sichtlich der Art der Ausführung und der Rück-
wirkung auf die Goldzinsländer. Der Vor-
schlag von Schrant hat in erster Reihe die Be-
seitigung des Drucks im Auge, welcher von den
Ländern mit unterwerthigen Werten in Folge der
Schwankungen und des Rückganges des Silber-
preises (namentlich von Indien, Südamerika) auf
die Warenpreise im Weltmarktverkehr insbesondere
für Getreide durch eine erzwungene Schleuderan-
fuhr gelte. Es genügt in dieser Beziehung,
daran zu erinnern, daß diese Länder mit ent-
werteten Werten gegenüber Europa durch
Aufnahme von Goldanleihen schwer verschuldet
sind, und jährlich sehr große Zahlungen in Gold-
währung leisten müssen, zu deren Deckung sie eine
jährlich zunehmende Schleuderanfuhr namentlich
in Getreide bewerkstelligen müssen. Diesen Län-
dern soll nach dem Vorschlage von Schrant ein
internationales Zahlungsmittel dadurch an die
Hand gegeben werden, daß sie ermächtigt werden
sollen, bis zu einem bestimmten Höchstbetrage auf
Barrensilber gedeckelte internationale Silbercheine
auszugeben, welche von den Konventionsländern
nach einem bestimmten Werthverhältnis zum Gold
(etwa 1:20) in Zahlung angenommen werden
sollen. Die Einführung dieser Scheine soll dagegen
lediglich dem betreffenden Lande, welches sie aus-
zugeben hat, obliegen, und zwar falls in diesem
Land Silber die Landeswährung bildet, gegen
Barrensilber nach dem Tageskurse. Die Gold-
währungsländer, namentlich Deutschland, liefern
hierdurch keine Gefahr, daß ihnen mittelst dieser
Scheine Gold entzogen würde; sie würden vor-
ausichtlich zunächst für sich solche Scheine nicht
ausgeben, den Silberländern aber andererseits
dadurch entgegenkommen, daß sie die Silbercheine
zu einem festen Kurs bei Zahlungen annehmen
und geben würden, während sie gegenwärtig
im Verkehr mit den Silberländern nur
mit schwankenden, durch den Mangel einer
internationalen Verständigung über die Wäh-
rungsfrage künstlich gedrückten Goldwerten
rechnen müssen. Der Schrant'sche Vorschlag will
hierdurch aus handelspolitischen Gründen die Gelb-
entwertung im internationalen Zahlungsverkehr
zum Stillen bringen, und für die Wiederbelebun-
gung des Silberwerthes einen Stützpunkt begründen,
die bestehenden Goldwährungen aber unberührt lassen,
und unmittelbar eine Steigerung des Silberpreises
nicht erzwängen. Die Einzelheiten und die Gründe

für diese Beschränkung des Vorschlages sind unter
Abschnitt 8 der Schrift von Schrant eingehend
dargelegt.

Der Vorschlag von Dr. Arendt geht dagegen
weiter. Nach demselben sollen die verdrängten
Staaten Silberbarren in Depot nehmen und
darauf Zertifikate ausgeben, welche von allen diesen
Staaten zu einem jährlich festzusetzenden Preise in
Gold an- und verkauft werden. Der Preis des
ersten Verdrängungsjahres soll der Minimalpreis sein,
und im Falle einer Erhöhung des Verdrängungs-
preises darf der Preis nicht wieder unter den erhöhten
Preis herabgesetzt werden. Bei etwaiger Auflösung
des Verdrängungspreises soll eine Verteilung des in Depot
befindlichen Silbers unter die Verdrängungsländer nach
einem bestimmten Plane stattfinden. Die Unter-
schiede zwischen den beiden Systemen springen in
die Augen. Der Arendt'sche Vorschlag setzt keine
Höchstgrenze für die Zulassung von Silberbarren
als Depot und für die Ausgabe von Silbercheinen
fest; die ganze Operation soll ferner für Rechnung
und Verantwortung sämtlicher Verdrängungsländer
erfolgen. Die Goldzinsländer wären hiernach
auch zum Ankauf, beispielsweise der von der in-
dischen Regierung ausgegebenen Silbercheine gegen
Gold verpflichtet, was identisch mit der Einführung
dieser Silbercheine gegen Gold wäre, wäh-
rend der Vorschlag von Schrant die Ein-
führungspflicht auf das Emissionsland beschränkt.
Durch die Art der Preisfestsetzung bezweckt der Vor-
schlag von Arendt, eine Steigerung des Silber-
preises unmittelbar herbeizuführen. In Folge der
Gesamtwertminderung der Verdrängungsländer für
die Silbernoten erfordert ferner der letztere Vor-
schlag umfangreiche Bestimmungen für die Aus-
einanderbeziehung hinsichtlich des Bestandes im
Falle der Auflösung des Verdrängungspreises, während
der Vorschlag von Schrant das Risiko einer solchen
Auseinanderbeziehung nicht nötig hat, da die Noten
nur für Rechnung und Verantwortlichkeit des
betreffenden Emissionslandes in Umlauf wären.
Schließlich sei noch erwähnt, daß das Silber-
scheinensystem ohne Prägung nach Schrant die ein-
zigste Lösung, nach Arendt nur ein Ueber-
gangssystem für die Prägungfreiheit sei.

Die Stellungnahme des spanischen Senats
zu der Handelsvertragspolitik des Ministeriums
Sagasta birgt in ihrem konsequenten Verfolg
ernste Gefahr für den Bestand des Kabinetts. Der
vom Senat zur Prüfung der Handelsverträge
mit den Dreihundfacht niederlegte Ausschuss
besteht vorwiegend aus strengen Schutzöllern
und man vermischt sich daher von seiner Be-
urteilung nichts Gutes für die Ansichten der
Regierungsvorlagen. Bei alledem hat es doch
den Anschein, als ob dem Senat der Muth fehle,
offen mit dem Ministerium anzugehen, d. h. die
Verwerfung der Handelsvertragsvorlagen auszu-
sprechen. Der Ausschuss hat nämlich eine Enquete
beschlossen, die, wenn sie so nützlich geführt
werden soll, wie die lange Reihe der zur Verdrängung
bestimmten handels-, gewerbe- und agrar-politischen
Autoritäten vermuthen läßt, sehr lange Zeit
währen kann, ineb der von Spanien mit Deutsch-
land geschlossene modus vivendi schon am 10.
f. M. abläuft. Das Kabinet hat nun die Wahl
zwischen zwei Wegen: dem Sessionschluss und
der sofortigen Eröffnung einer neuen Session oder
der Erzwingung eines prompten Geschäftsganges
der Senatskommission, damit die Entscheidung,
möge sie fallen wie sie wolle, ebenfalls unverzüglich
erfolge. Unterhandelt man noch der Aus-
weg der Demission des Kabinetts. Man darf
wohl annehmen, daß es dem Gesicht der Re-
gierung gelingen werde, den parlamentarischen
Intriguen der Handelsvertragsgegner noch im
letzten Augenblick die Spitze abzubrechen.

Bromberg, 17. April. Die für 1895 in
Bromberg geplante landwirtschaftliche und Ge-
werbe-Ausstellung ist der „Ostpreussischen Presse“
zufolge gesichert. Das Ausstellungs-Komitee hat
bereits die Maßfrage entschieden. Die Ausstellung
soll die Provinzen Posen und Westpreußen um-
fassen. Der Oberpräsident Frhr. v. Wladimir-
Wolenski und Regierungspräsident v. Tiedemann
sollen eröffnet werden, als Ehrenpräsidenten zu fun-
giren. Der Fonds für das Unternehmen ist durch
namhafte Beiträge gesichert.

Köln, 17. April. Der „Kölnischen Volks-
Zeitung“ zufolge wurden am 15. April auf ver-
schiedenen Beiden des Essener Reviere Entlassungen
und Klünigungen von Bergarbeitern vorgenom-
men. Auf der Zeche Zollverein sollen allein gegen
400 Klünigungen erfolgt sein.

Mex, 15. April. Man spricht hier gegen-
wärtig sehr viel von einem großartigen Stadt-
erweiterungsplane, den der kommandirende General
des XVI. Armeekorps angeblich zur Zeit aus-
arbeiten läßt und der vielleicht schon in den
nächsten Jahren zur Ausführung gelangen soll.
Es handelt sich um nichts Geringeres, als um
völlige Niederlegung der Festungswälle der ganzen
östlichen Seite der Stadt und Entbehrung der
Dörfer Quenlen, Plantiers, Montigny und
Sablou, zusammen etwa 1200 Hektar Fläche und
8000 Einwohner, in das Festungsgebiet. Die
auf neue hinter diesen Dörfern angrenzende Be-
bauungsfläche würde die Forts Stenmeke, Goeben
und Württemberg mit einander verbinden und
hauptsächlich als Panzerthürme bestehen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 17. April. Der Erlaß des Justiz-
ministers über das Verhalten der Staatsanwälte
bei Zeitungs-Konfiskationen hätte bald eine Mini-
sterliche Herausforderung. Als gestern die deutsche
Presse mit den Zungeheben dafür stimmte, daß der
Preussensche binnen acht Tagen über Abänderun-
gen des Pressegesetzes referire, war Justizminister
Schnöbelen über dies Vorkommnis höchst ver-
stimmt, und es verlautete, er wolle hieraus Kon-
sequenzen bezüglich seiner Stellung ziehen. Graf
Schnöbelen ließ sich wohl umstimmen, doch wird
er sein weiteres Verhalten vom Verichte des
Preussensche abhängig machen. Der Rücktritt
Schnöbelen würde die ganze Koalition in Frage
stellen.

Wien, 17. April. Etwa 13 000 Tscheken
gelangen, darunter ungefähr 300 bei der Aus-
stellung für Volksernährung beschäftigte, haben, dem
Befehle der geistigen Versammlung in der
Vollhalle des Rathhauses entsprechend, die An-
stalt eingestellt. Die Ruhe ist nicht gestört wor-
den. Zwölf Meister zeigten dem Streik-Komitee
an, daß sie die gestellten Forderungen bewilligen,
worauf in den Werkstätten dieser Meister die Ar-
beiter wieder aufgenommen wurde. Die freilebenden
Tscheken in der Ausstellung sind durch Zimmer-
leute ersetzt worden.

Wien, 17. April. Am nächsten Freitag
wird hier ein Bischofs-Konferenz stattfinden

Köln, 17. April, Nachm. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen alter hiesiger Lok.

13,50, do. neuer hiesiger 14,75, fremder 15,00
16,25. Roggen hiesiger 12,50, do. fremder 13,00

15,00. Hafer alter hiesiger loco —, da-
neuer hiesiger 15,50, fremder 15,25. Rübsa-
felo 48,00, per Mai 46,30 B., per October 46,30
— Weiter: Neges.

Hamburg, 17. April, Vormittags 11 Uhr.
Kaffee. (Vormittagsbericht.) Good average
Santos per April 84,00, per Mai 84,25, per
September 80,00, per Dezember 74,75.
Ruhig.

Hamburg, 17. April, Vormittags 11 Uhr.

3udermarkt. (Vormittagsbericht.) Alben-
 zucker 1. Produkt Bafis 88 pSt. Neudemmer-
 neue Unfance frei an Bord Hamburg per
 April 12,32 $\frac{1}{2}$ %, per Mai 12,40, per August 12,52 $\frac{1}{2}$ %,
 per Oktober 12,00. — Settig.
 Wien, 17. April. Getreidemarkt.
 Weizen per Frühjahr 7,49 ₤, 7,51 ₤.
 per Mai-Juni 7,51 ₤, 7,53 ₤, per Herbst 7,80
 ₤, 7,82 ₤. Roggen per Frühjahr 6,12 ₤,
 6,14 ₤, per Mai-Juni 6,16 ₤, 6,18 ₤.
 Mais per Mai-Juni 5,47 ₤, 5,49 ₤.
 Safer 7,05 ₤, 7,07 ₤.

6 Minuten. Roheisen. Mixed numbers

Bankwesen.
Berlin, 17. April. Wochen-Uebersicht der
Wechselkurse vom 14. April.

Activa.

- 1) Metallbestand (der Bestand an fourzeijährigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund fein im 1392 M. berechnet M. 862 529 000, Zunahme 11 358 000.
- 2) Bestand an Reichsthalerscheinen M. 25 516 000, Zunahme 1 054 000.
- 3) Bestand an Noten and. Fant. M. 10 119 000, Abnahme 92 000.
- 4) Bestand an Wechseln M. 585 768 000, Abnahme 15 595 000.
- 5) Bestand an Lombardsford. M. 75 952 000, Abnahme 8 547 000.
- 6) Bestand an Effekten M. 4 294 000, Abnahme 4 417 000.
- 7) Bestand an sonst. Aktiva M. 40 092 000, Abnahme 8 421 000.

Passiva.

- 8) Das Grundkapital M. 120 000 000 unverändert.
- 9) Der Reservefonds M. 30 000 000 unverändert.
- 10) Der Betr. der umlauf. Not. M. 995 506 000,

11) An sonstigen tägl. fälligen Verbindlichkeiten

448 447 000, Zuzahme 20 831 000.
12) An sonstigen Passiva M. 10 179 000, Zuzahme 2 762 000.

Im obigen Ausweis zeigt sich als weiterer Ausgleich der vorherigen starken Passivsprünge eine im Rückfrömen der Mittel zur Bau. Auf den Einlagenfonds fand eine wesentliche Erleichterung und beim Baarzahl wie auf Girokonto eine Vermehrung der Bestände statt. Daß im vorigen Jahre parallel auf Girokonto erheblich mehr zurückgelegt, ist den vorherigen Dispositionen

unabhängig der Anleihezeitungung zuzuschreiben. In dieser Beziehung wird nunmehr der kommende Ausweis Verschiebungen gegen 1893 aufweisen. Die steuerfreie Notenreserve stieg um 58 937 000

[illegible]

Telegraphische Depeschen.
 Wien, 17. April. Hiesige kompetente Kreise bezeichnen die in einem Pariser Blatte gebrachte wiederholte Auffrischung des bereits dementirten Gerüchtes, Kaiser Wilhelm habe bei dem öfter-

König von Italien die Abrüstungsfrage in Anregung gebracht, sei aber von dem Zaren rundweg abgewiesen, als schlechte Erfindung.

melben, machte Kaiser Wilhelm dem Feldzeug-

Sofia, 17. April. Zwei Wiener Aerzte trafen hier ein, um den Erbprinzen Boris nach Ebenthal bei Wien zu bringen. Die Uebersiedlung

erfolgt wegen Renovirung des Palats. Ein Garde-
offizier begleitet den Prinzen und verbleibt Prinz
Boris bis zur Rückkehr der Fürstin nach Sofia
in Ebenthal.

Wetterausichten
für Mittwoch, den 18. April.
Ein wenig kühleres, zeitweise besseres, vielfach
wolkiges Wetter mit mäßigen südwestlichen Winden,
etwas Regen und Gewitterneigung.

Wasserstand.

Am 16. April. Elbe bei Muffitz + 0,40
Meter. Elbe bei Dresden — 0,86 Meter. —
Elbe bei Magdeburg + 1,35 Meter. —
Elbkunst bei Straßfurt + 0,24 Meter. —
Oder bei Dresden, Oberpegel + 4,97 Meter,
Untergeel — 0,23 Meter. Oder bei Straßfurt
+ 1,75 Meter. Oder bei Rasthof + 1,18
Meter. — Weichsel bei Thorn + 1,04 Meter.
— Warthe bei Posen + 1,04 Meter. — Am
10. April: Neige bei Muff + 1,40 Meter.

Saint-Pierre.

[illegible]

707 466 83068 438 (300) 99 550 (300) 848
142 90 212 71 387 41 (5000) 443 78 768
330 381 428 744 (3000) 877 50517 44 242 352
3 662 90014 226 523 97 772 818 84 975 83
100497 98 621 566 67 909 101191 (300) 233
348 421 49 77 538 794 990 100001 28 79 329
6 84 523 89 (300) 756 84 103158 350 60 93
6 28 57 (500) 735 897 800 104018 51 190 251
7 96 (300) 433 38 71 562 632 78 781 94 (300)
2 74 901 35 85 105027 91 139 517 88 10670
1000) 332 50 (500) 89 499 526 616 864 107016
195 209 94 98 352 418 554 652 760 872 943
1567 97 213 56 353 (300) 545 90 (5000) 748
97 818 79 100208 367 91 252 (300) 91 93
3 84 972 (300)
100000 (3000) 34 144 359 63 440 48 51 587
88 907 896 110113 166 554 428 78 551 (500)
100 11212 19 (300) 113197 698 729 68 890
100236 39 90 819 681 821 22 81 82 992 115067
152 814 523 936 110033 121 228 392 (1500)
1 646 53 788 825 38 43 47 64 76 113277 348
39 620 42 710 87 946 929 118002 (3000) 305
1 56 651 85 119043 155 463 87 564 93 (3000)
13 975
100407 82 239 855 455 64 641 44 878 (300)
10 38 68 125032 867 97 12012 68 163 71 289
40 98 98 402 21 39 673 (500) 123145 95
174 512 21 679 726 878 (300) 114049 52 (500)
19 314 37 87 477 823 (3000) 89 125174 (1500)
88 309 65 (500) 421 (3000) 541 700 (3000) 34
100135 (3000) 100 273 549 (1500) 711 45 823
1 217064 293 368 125132 250 399 512 50 720
9 885 994 129022 26 82 117 41 521 (300) 46
24 86 762 885 988
100176 95 360 94 407 23 608 748 (3000) 79
75 97 916 (1500) 42 60 131236 346 59 7183
10096 140 94 (1500) 218 515 (300) 48 785 97
13141 351 82 443 103038 48 1255 94 368 (300)
15005 291 373 680 90 98 847 (300) 63 990
100245 52 821 22 86 912 12096 188 83 296
5 76 (3000) 91 401 635 734 988 138872 97
72 42 49 787 978 139445 512 652 72 899
100099 158 (3000) 76 308 93 411 47 54 607
500) 28 804 95 114016 53 107 297 435 53
10 756 97 890 923 120201 79 493 544 (1500)
407 (300) 767 831 123012 11 738 328 892 540
704 794 (1500) 950 114088 (3000) 205 23
23 503 67 695 872 115194 436 505 41 43 613
64 68 760 64 830 (300) 982 114336 244 52 366
1151059 100 68 215 27 (1500) 30 44 319 71
77 92 591 769 813 48 86 990 114051 650 64
9 98 733 855 56 86 113179 365 516 26 626 29
70 800 887 955
100112 61 244 347 90 441 84 794 150003
11 347 53 57 426 79 95 648 89 726 32 52 942
15001 26 92 179 444 602 (500) 899 (1500)
15002 189 336 81 570 642 68 793 90 872 (300)
96 154107 326 70 456 548 623 155110 264
506 82 603 80 66 873 156137 335 (3000) 487
67 856 900 (5000) 49 72 94 152000 433 39 77
1500) 539 150112 158 216 44 54 324 49 521
100 864 824 925 91 (300) 150609 715 31
12 88 77 866
100089 151 2 9 98 453 778 161107 16 212
4 74 88 91 304 593 755 89 831 39 69 152105
7 315 408 47 622 755 (15000) 898 957 808
100089 650 878 10038 50 57 89 188 200 60
50 9 339 461 656 97 (3000) 95 165260 506
3 84 588 625 540 10039 59 67 84 244 365 404
100000) 969 100567 206 39 2 347 82 411 33
72 845 59 44 (500) 158 403 40 573 622 35
3000) 44 (500) 918 12563 93 567 828 (1500)
90 938 (5000)
100117 55 (3000) 271 326 402 681 727 17184
99 424 54 549 85 89 650 63 89 650 63 89 703
662 80 10003 121 39 90 258 374 903 173205
98 59 588 751 92 837 95 124009 (3000) 124 93
38 705 (500) 85 839 60 85 175035 137 243
114 638 882 911 83 96 126424 548 611 894 967
77 12516 718 922 24 99 (3000) 129075 100 73
35 874 617 82 879 170156 397 408 9 64 619
26 945 (5000)
100000 14 40 172 375 530 70 675 (500) 825
18325 28 29 91 307 40 513 72 774 94 150381
127 73 205 873 120345 229 20 686 (3000) 714
100 990 78 4590 84 54148 90 (3000) 574
99 301 43 417 611 18 716 95 842 955 150133 80
39 559 652 (1500) 983 (500) 983 100049 39 89
58 338 761 68 100284 (5000) 305 83 91 484 752
51 52 100281 353 (3000) 544 630 710 859 937
100079 103 42 63 418 630 (3000) 60 731 85
100021 25 141 327 822 486 520 21 779 911 86
100139 550 627 725 (500) 43 957 86 1002168
10000) 86 493 542 17 103074 139 309 576 635
33 (500) 100149 380 39 579 617 902 150229
99 375 443 671 80 738 836 995 100141 201 652
381 905 18 74 17189 67 (300) 315 441 694 819
38 925 100032 195 342 247 67 91 794 808 905
100191 384 455 617 26 714 70 932
100111 (500) 12 253 314 77 724 37 43 100120
29 374 95 423